



711 Bericht von Agnes Blome und Kai-Uwe Müller

Gekommen, um (unterrepräsentiert) zu bleiben? Frauenanteil im Deutschen Bundestag stagniert seit über 20 Jahren bei einem Drittel

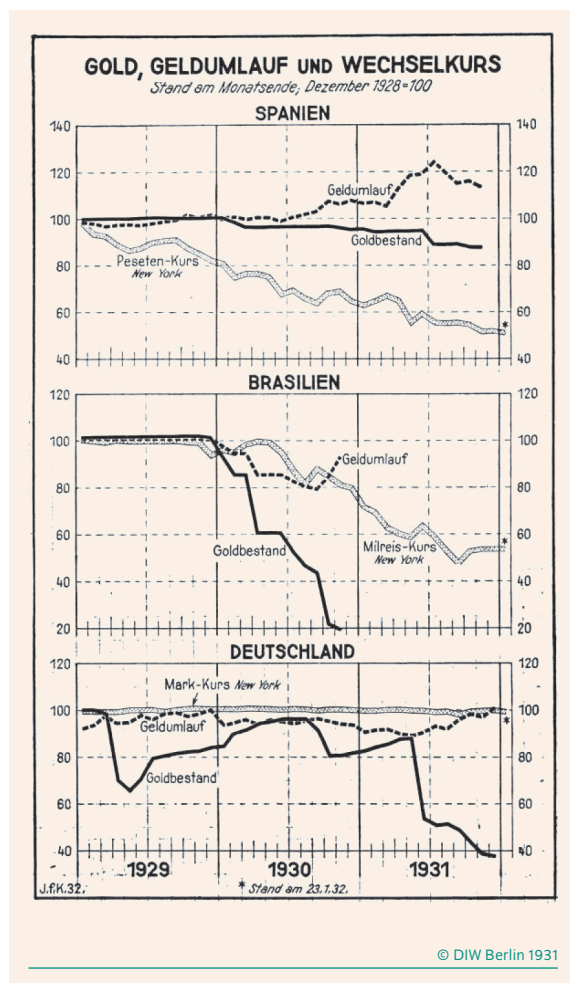
- Frauenanteil im jüngst gewählten Deutschen Bundestag bei 34,7 Prozent – seit 1998 kein nennenswerter Anstieg
- Grüne und Linke seit Jahren mit über 50 Prozent Frauen vorne, SPD folgt vor FDP und Union, AfD Schlusslicht
- Großer Gender Gap bei Direktmandaten – nicht alle Parteien verbessern Frauenrepräsentation durch aussichtsreiche Listenplätze

720 Interview mit Kai-Uwe Müller

724 Kommentar von Christian von Hirschhausen

Die Verkehrung der Ursachen: Wenn steigende Energiepreise missbraucht werden

Sicherung des Valutakurses



Einer weit verbreiteten Meinung nach ist der Außenwert einer Währung unbedingt abhängig von der Deckung der Noten. Das ist aber ein grundlegender Irrtum, der sich bereits bei der oberflächlichen Betrachtung von drei Beispielen aus der Wirtschaftsgeschichte der letzten Jahre deutlich offenbart: (vgl. das Schaubild S. 174.)

Spanien besaß in den Jahren 1929 und 1930 einen Goldvorrat, der eine Golddeckung des Geldumlaufs zwischen 50 und 60 vH erlaubte. Dennoch hat sich der Peseta-Kurs fast ununterbrochen verschlechtert. Brasiliens Goldvorrat ist im Laufe des Jahres 1930 fast völlig zusammengeschmolzen. Hier hat mit sinkendem Goldbestand auch der Wechselkurs seine Stabilität verloren, obwohl der Geldumlauf eher gesunken als gestiegen ist. Dagegen konnte Deutschland trotz riesenhafter Gold- und Devisenverluste seit 1930 den Marktkurs stabil halten.

Daraus ergibt sich bereits, daß der Außenwert einer Währung auf Veränderungen in der Relation von Goldbestand zu Geldumlauf recht verschiedenartig reagiert. Das ist ohne weiteres verständlich, wenn man sich klar macht, daß der Valutakurs nicht eine Funktion der prozentualen Golddeckung ist, sondern ein Preis wie jeder andere, der sich aus Angebot und Nachfrage bildet. Dabei werden in den seltensten Fällen Münzen und Noten, sondern Forderungen, nämlich Wechsel, Schecks und sonstige Schuldtitel, gehandelt¹⁾. Das Gold spielt heutzutage dabei höchstens die Rolle eines Spitzenausgleichs. Es ist für die Wirkung des Goldeinsatzes ganz nebensächlich, in welchem Verhältnis die Goldmenge zur inländischen Zahlungsmittelmenge steht, wenn nur im Bedarfsfall Gold überhaupt eingesetzt werden kann.

1) Um welche Größenordnungen es sich dabei handelt, geht aus folgendem hervor: der Bedarf an ausländischen Zahlungsmitteln für den Reiseverkehr, also hauptsächlich Noten und Münzen, ist in Deutschland mit etwa 20 bis 30 Mill. RM je Monat zu veranschlagen. Für die — meist bargeldlose — Bezahlung der Einfuhr werden dagegen monatlich 500 bis 1000 Mill. RM Devisen benötigt.

Aus dem Wochenbericht Nr. 43 vom 27. Januar 1932

IMPRESSUM

DIW BERLIN

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

88. Jahrgang 27. Oktober 2021

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Sabine Fiedler; Dr. Anna Hammerschmid (Stellv.)

Lektorat

Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Redaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Sandra Tubik;
Kristina van Deuverden

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

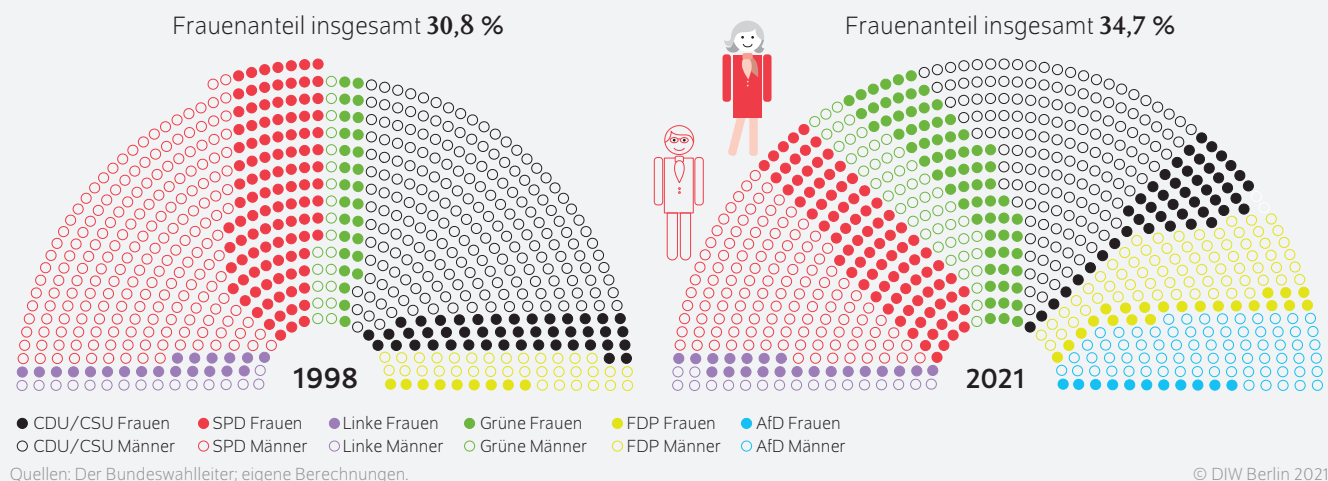
Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter www.diw.de/newsletter

Gekommen, um (unterrepräsentiert) zu bleiben? Frauenanteil im Deutschen Bundestag stagniert seit über 20 Jahren bei einem Drittel

Von Agnes Blome und Kai-Uwe Müller

- Frauenanteil im jüngst gewählten Deutschen Bundestag bei 34,7 Prozent – zwar vier Prozentpunkte mehr als 2017, insgesamt seit 1998 aber kein nennenswerter Anstieg
- Grüne und Linke seit Jahren deutlich vorne, SPD mit Frauenanteil unter 50 Prozent, aber über Durchschnitt, Union und FDP darunter, AfD ist Schlusslicht
- Besonders großer Gender Gap bei Direktmandaten, die Frauen nur zu einem Viertel innehaben – vor allem, weil sie deutlich seltener aufgestellt werden
- Grüne, SPD und Linke erhöhen Frauenanteil durch aussichtsreiche Listenplätze – bei Union und FDP nehmen nach wie vor Männer günstigere Listenpositionen ein
- Parteiinterne Quotenregelungen wirken, sind teils aber wenig ambitioniert oder gar nicht vorhanden – höhere Frauenanteile also vor allem Frage des politischen Willens

Der Frauenanteil im Deutschen Bundestag kommt seit 1998 kaum vom Fleck und schwankt um ein Drittel – Unterschiede zwischen den Parteien teils beträchtlich



ZITAT

„Alle Parteien, die sich zu einer Frauenquote bei Listenkandidaturen verpflichten, erreichen diese auch. Die Quotenziele sind jedoch unterschiedlich und zum Teil wenig ambitioniert. Mit höheren Zielen könnten die Parteien also sehr wahrscheinlich mehr Frauen in ihren Fraktionen haben, Grüne und Linke machen es vor. Es ist vor allem eine Frage des politischen Willens.“ — Kai-Uwe Müller, Studienautor —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Kai-Uwe Müller
www.diw.de/mediathek

Gekommen, um (unterrepräsentiert) zu bleiben? Frauenanteil im Deutschen Bundestag stagniert seit über 20 Jahren bei einem Drittel

Von Agnes Blome und Kai-Uwe Müller

ABSTRACT

Die 16-jährige Kanzlerinnenschaft Angela Merkels, in der erstmalig eine Frau eine Bundesregierung führte, wurde vielfach als Meilenstein für Frauen in der Politik gewürdigt. Dies hat sich jedoch nicht in der parlamentarischen Repräsentation von Frauen niedergeschlagen. Der Frauenanteil im Bundestag stagniert seit 1998 bei etwa einem Drittel. Während Grüne (rund 59 Prozent) und Linke (knapp 54 Prozent) die 50-Prozent-Marke im kürzlich gewählten Bundestag sogar überschreiten, sind SPD (knapp 42 Prozent), CDU/CSU und FDP (jeweils rund 24 Prozent) und AfD (gut 13 Prozent) unterschiedlich weit davon entfernt. Nachholbedarf besteht insbesondere bei Direktmandaten, die Frauen nur zu einem Viertel innehaben. Sie werden deutlich seltener aufgestellt, obwohl Direktkandidatinnen im Mittel ähnlich häufig gewählt werden wie -kandidaten. Grüne, SPD und Linke erhöhen den Frauenanteil in ihren Fraktionen systematisch durch aussichtsreiche Listenplätze für die Zweitstimme. Bei CDU/CSU und FDP nehmen hingegen Männer günstigere Listenpositionen ein. Die Daten zeigen, dass Parteien mit selbst gesetzten Frauenquoten ihre Ziele bei den über die Listen per Zweitstimme in den Bundestag eingezogenen Abgeordneten erreichen. Diese Quoten sind allerdings unterschiedlich ambitioniert und fehlen bei FDP und AfD völlig. Insofern ist es eine Frage des politischen Willens innerhalb der Parteien, den Frauenanteil im Bundestag künftig weiter zu erhöhen.

Mit der Regierungsbildung nach der Bundestagswahl im September 2021 werden 16 Jahre von Angela Merkel als Bundeskanzlerin enden. Bereits im Vorfeld der Wahl war viel darüber diskutiert worden, wie bedeutsam die erste Regierungschefin der deutschen Geschichte für die Rolle von Frauen in Politik und Gesellschaft war und ob sie den Interessen von Frauen mehr Gehör verschafft hat. Zwar ist die Frage, ob es „Fraueninteressen“ gibt, die nur Frauen vertreten können, umstritten.¹ Studien zeigten jedoch wiederholt, dass mehr Frauen in der Politik einen Unterschied machen – sei es mit Blick auf die Verabschiedung und Ausrichtung politischer Maßnahmen², den Politikstil³, die politische Partizipation von Frauen⁴ oder das Geschlechterrollenverständnis junger Menschen⁵.

Zunehmend setzt sich daher die Auffassung durch, dass mehr Frauen in die Parlamente einziehen sollten. Über die Wege zu diesem Ziel wird jedoch gestritten. Neben gesetzlichen und parteiinternen Geschlechterquoten, die einen bestimmten Anteil von Kandidatinnen bei Wahlen festlegen, spielen institutionelle Bedingungen des Wahlsystems, aber auch Diskriminierung in parteiinternen Auswahlprozessen

¹ Karen Beckwith (2014): Plotting the Path from One to the Other: Women's Interests and Political Representation. In: Michelle Taylor-Robinson und Maria Escobar-Lemmon (Hrsg.): Representation: The Case of Women's Interests. Oxford, 19–40; sowie Karen Celis et al. (2014): Constituting Women's Interests through Representative Claims. Politics and Gender 10 (2), 149–174.

² Amanda Clayton und Pär Zetterberg (2018): Quota Shocks: The Budgetary Implications of Electoral Gender Quotas Worldwide. Journal of Politics 80 (3), 916–32.

³ Mirya R Holman (2015): Women in Politics in the American City. Philadelphia.

⁴ Fabrizio Gilardi (2015): The temporary importance of role models for women's political representation. American Journal of Political Science 59 (4), 957–970; sowie Beth Reingold und Jessica Harrell (2010): The Impact of Descriptive Representation on Women's Political Engagement: Does Party Matter? Political Research Quarterly 63, 280–94.

⁵ Tiffany D. Barnes und Stephanie M. Burchard (2013): Engendering Politics: The Impact of Descriptive Representation on Women's Political Engagement in Sub-Saharan Africa. Comparative Political Studies 46 (7), 767–790; Jane J. Mansbridge (1999): Should Blacks Represent Blacks and Women Represent Women? A Contingent 'Yes'. Journal of Politics 61 (3), 628–657; sowie Lori Beaman et al. (2012): Female Leadership Raises Aspirations and Educational Attainment for Girls: A Policy Experiment in India. Science 335 (6068), 582–586.

und seitens der WählerInnen eine bedeutende Rolle.⁶ Aufgrund der unterschiedlichen Ausprägung dieser Faktoren variiert der Frauenanteil im internationalen Vergleich stark.⁷ Nur in fünf von 190 Ländern ist mindestens jede zweite Person im Parlament eine Frau. Im globalen Durchschnitt liegt der Frauenanteil in Parlamenten bei 25,7 Prozent, in Europa bei 31 Prozent. Auch Deutschland ist von einer Geschlechterparität weit entfernt. Zwar ist der Frauenanteil im Bundestag seit der jüngsten Wahl im September 2021 im Vergleich zur vorangegangenen Legislaturperiode um vier Prozentpunkte gestiegen – mit 255 von 735 Abgeordnetensitzen beziehungsweise einem Anteil von 34,7 Prozent sind Frauen aber noch immer deutlich unterrepräsentiert. Das Niveau entspricht in etwa dem nach der Bundestagswahl 2002.

Nach zwei weiteren Legislaturperioden gilt die Diagnose des bisher letzten DIW Wochenberichts zu diesem Thema⁸ nahezu unverändert: Es sind erhebliche weitere Anstrengungen nötig, um die Unterrepräsentation von Frauen zu verringern oder gar zu beseitigen.

Dieser Wochenbericht analysiert detailliert die Entwicklung der deskriptiven Repräsentation von Frauen im Bundestag seit dem Jahr 1980.⁹ Die politische Beteiligung von Frauen, sowohl an den Kandidaturen als auch letztlich im Parlament, wird im zeitlichen Verlauf eingeordnet. Der systematische Vergleich der im Bundestag vertretenen Parteien zeigt, inwieweit es ihnen gelingt, Frauen einzubinden. Die Folgen struktureller Verschiebungen für die Repräsentation von Frauen im Bundestag – das Aufkommen neuer Parteien wie Grünen, Linke oder AfD, Stimmenverluste für die „Volksparteien“ CDU/CSU und SPD oder Regierungswechsel wie in den Jahren 1998, 2005 oder 2021 – werden sichtbar gemacht. Zudem werden bezüglich der Kandidaturen die Frauenanteile unter den WahlkreiskandidatInnen bei der Direktwahl (Erststimme) und unter den KandidatInnen auf den Landeslisten (Zweitstimme) unterschieden sowie regionale Auffälligkeiten diskutiert. Auf dieser empirischen Basis¹⁰ werden abschließend Ansatzpunkte und Potenziale identifiziert, um den Frauenanteil im Deutschen Bundestag künftig weiter zu erhöhen.

⁶ Louise Davidson-Schmich (2016): Gender Quotas and Democratic Participation: Recruiting Candidates for Elective Office in Germany. Ann Arbor, MI; sowie Petra Ahrens et al. (2020): Gender Equality in Politics. Cham. Weitere Hindernisse für einen höheren Frauenanteil liegen in sozioökonomischen und kulturellen Unterschieden wie geringere finanzielle und Zeit-Ressourcen aufgrund der Rolle als Sorgearbeitende.

⁷ Inter-Parliamentary Union: Monthly ranking of women in national parliaments, September 2021 (online verfügbar; abgerufen am 13. Oktober 2021. Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt).

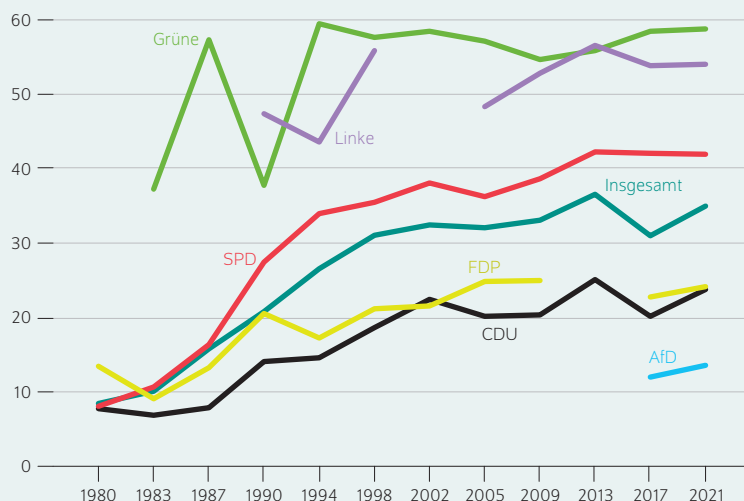
⁸ Daniela Arregui Coka, Ronny Freier und Johanna Mollerstrom (2017): Genderparität in der deutschen Politik: Weitere Bemühungen nötig. DIW Wochenbericht Nr. 37 (online verfügbar).

⁹ Hanna Pitkin unterscheidet die deskriptive Repräsentation – das zahlenmäßige Ausmaß von RepräsentantInnen, die aufgrund bestimmter Eigenschaften (wie Geschlecht, Klasse oder Ethnizität) für eine bestimmte Gruppe stehen – von formaler, substantieller und symbolischer Repräsentation. Vgl. Hanna Pitkin (1967): The Concept of Representation. Berkeley.

¹⁰ Dieser Wochenbericht basiert auf Daten zu Parteien, Kandidaturen und Gewählten, die vom Bundeswahlleiter zur Verfügung gestellt werden (online verfügbar).

Abbildung 1

Frauenanteile in den Fraktionen des Deutschen Bundestags seit 1980 In Prozent



Anmerkung: Unter Linke werden die Parteien „PDS“, „Linkspartei.PDS“ und „Die Linke“ zusammengefasst. Bei der Bundestagswahl 2002 zog die PDS nur mit zwei direkt gewählten Kandidatinnen in den Bundestag ein und erreichte keinen Fraktionsstatus. Die FDP verpasste 2013 den Einzug in den Bundestag.

Quellen: Der Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2021

Der Frauenanteil im Bundestag ist seit 1998 kaum noch gestiegen.

Anteil der Frauen im Bundestag stagniert seit 1998 bei rund einem Drittel

Der Anteil der in den Bundestag gewählten Frauen ist in den Jahren 1980 bis 1998 von unter zehn auf gut 30 Prozent gestiegen. Seitdem stagniert dieser Anteil weitgehend und schwankt bis heute um lediglich rund ein Drittel aller Abgeordneten (Abbildung 1). Der leicht positive Trend bis zur Bundestagswahl 2013 wurde vier Jahre später gebrochen. Bei der jüngsten Wahl war wieder ein geringfügiger Anstieg zu verzeichnen.

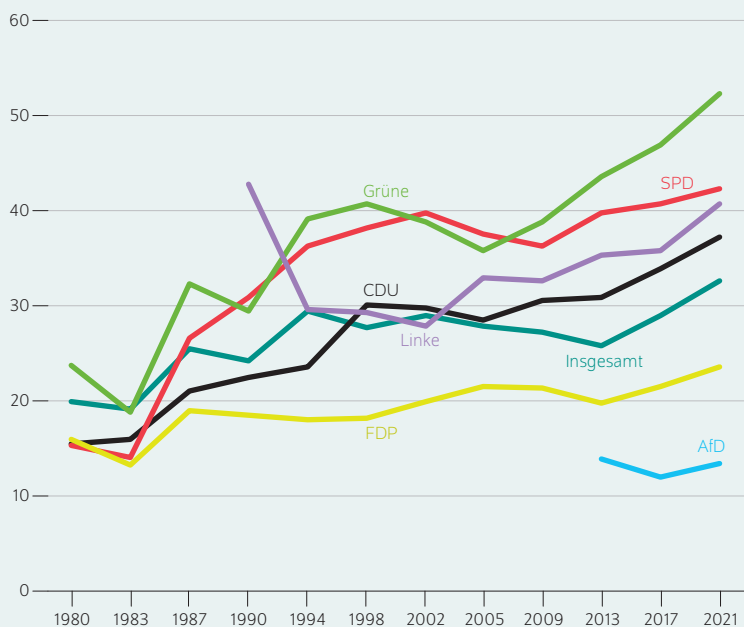
Deutliche Niveauunterschiede zwischen Parteien – Geschlechterparität nur bei Grünen und Linken

Hinter dem Mittelwert verbergen sich erhebliche Unterschiede bei der Repräsentation von Frauen zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien. Seit die Grünen im Parlament sind, weisen sie Spitzenwerte bei den Anteilen gewählter Frauen auf. Seit 1994 liegt der Frauenanteil in der Bundestagsfraktion der Grünen relativ konstant zwischen 55 und 60 Prozent (Abbildung 1). Vergleichbare Werte verzeichnet nur die Linke (ehemals PDS), die seit 1998 einen Frauenanteil im Bundestag von 50 Prozent oder sogar mehr erreicht (von 2002 bis 2005 war sie nicht als Fraktion im Bundestag vertreten, sondern nur mit zwei direkt gewählten

Abbildung 2

Frauenanteile unter den KandidatInnen zur Wahl des Deutschen Bundestags seit 1980

In Prozent



Anmerkung: Unter Linke werden die Parteien „PDS“, „Linkspartei.PDS“ und „Die Linke“ zusammengefasst.

Quellen: Der Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2021

Nur bei den Grünen war bei der jüngsten Bundestagswahl mindestens die Hälfte aller KandidatInnen eine Frau.

Abgeordneten).¹¹ Die SPD liegt mit deutlichem Abstand dahinter. Zu Beginn der 1980er Jahre lag der Frauenanteil in der SPD-Fraktion unter zehn Prozent. Bis 2013 ist er kontinuierlich auf gut 40 Prozent gestiegen; seitdem verharrt er auf diesem Niveau.

In der Bundestagsfraktion von CDU/CSU betrug der Frauenanteil im Jahr 1980 ebenfalls weniger als zehn Prozent. Allerdings ist es der Union im Gegensatz zur SPD nicht gelungen, den Frauenanteil ähnlich kontinuierlich und deutlich zu erhöhen. Nach der Wahl 2021 sind lediglich gut ein Viertel der gewählten CDU/CSU-ParlamentarierInnen Frauen. In der FDP-Fraktion ist der Frauenanteil – ausgehend von überdurchschnittlichen mehr als zehn Prozent im Jahr 1980 – bis 2009 auf knapp ein Viertel gestiegen. Seitdem stagniert er jedoch. Anteilig weniger Frauen als CDU/CSU und FDP weist lediglich die AfD-Fraktion auf: Sowohl nach der Wahl 2017 als auch nach der Wahl 2021 waren es deutlich unter 15 Prozent.

¹¹ In den Abbildungen in diesem Wochenbericht werden die Entwicklung der „PDS“, der „Linkspartei.PDS“, die den Zusammenschluss von PDS und WASG in einem gemeinsamen bei der Bundestagswahl 2005 kandidierenden Linksbündnis vorwegnahm, und „Die Linke“, die aus diesem Zusammenschluss 2007 hervorging, zusammengefasst.

Die Unterschiede zwischen den Parteien erklären die eingangs beschriebene Gesamtentwicklung: Der Aufstieg der Grünen in den 1980er Jahren und die Etablierung der Linkspartei in den 2000er Jahren haben die Repräsentation von Frauen im Bundestag erhöht. Auch die steigenden Anteile gewählter Frauen bei SPD und CDU/CSU haben dazu beigetragen. Hingegen hatten die Zuwächse der Stimmenanteile der FDP in den 2000er Jahren und ihr Wiedereinzug in den Bundestag 2017 eine Bremswirkung auf die Repräsentation von Frauen im Bundestag. Dies gilt in noch stärkerem Maße für den Einzug der AfD im Jahr 2017.

Leichter Aufwärtstrend beim Anteil der Kandidatinnen seit 2013

Wodurch lässt sich die unterdurchschnittliche Frauenrepräsentation erklären? Ein Vergleich mit den Anteilen von Frauen an allen Wahlkreis- und ListenkandidatInnen gibt erste Aufschlüsse. So schwankte der Frauenanteil unter Kandidierenden der AfD 2017 und 2021 um die 13 Prozent und entspricht damit nahezu dem Anteil ihrer Parlamentarierinnen (Abbildung 2). Der Anteil von Frauen unter den FDP-Kandidierenden stagniert seit der Wahl 2002 ebenfalls bei der Quote der gewählten Frauen (rund 20 Prozent).

Unter den CDU/CSU-Kandidierenden ist der Frauenanteil hingegen seit 1980 (mit Ausnahme des Zeitraums von 1998 bis 2005) kontinuierlich von gut 15 auf mehr als 37 Prozent gestiegen. Dieser Anstieg spiegelt sich zwar im leicht positiven Trend unter den gewählten CDU-Parlamentarierinnen wider. Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit einer CDU-Kandidatin, einen Parlamentssitz zu erhalten, geringer als die ihrer Kollegen: Die Frauenanteile in den Bundestagsfraktionen von CDU/CSU liegen über die Jahre stets deutlich unter dem Anteil der Kandidatinnen.

Mit Ausnahme der Bundestagswahl 2005 ist auch bei der SPD der Frauenanteil unter den Kandidierenden gestiegen. Seit 2002 entsprechen die Frauenanteile in der SPD-Fraktion nahezu denen der Kandidierenden der Partei. Somit deckt sich die Wahlwahrscheinlichkeit für SPD-Kandidatinnen mit der ihrer Kollegen. Dieses Verhältnis kehrt sich für Kandidatinnen der Grünen und Linken sogar um: In beiden Parteien liegt der Frauenanteil unter den Kandidierenden unter dem der letztlich Gewählten, sodass Kandidatinnen im Vergleich zu Kandidaten häufiger Sitze im Parlament erhalten. Seit dem Jahr 1980 hat sich der Frauenanteil unter den Kandidierenden der Grünen von unter einem Viertel auf mehr als 50 Prozent verdoppelt.

Nachfolgend werden geschlechtsspezifische Unterschiede zwischen Wahlkreiskandidierenden (Erststimme) und Listenkandidierenden (Zweitstimme) genauer betrachtet.

Anteil direkt gewählter Frauen bei CDU/CSU und SPD besonders gering

Das Wahlsystem der Bundesrepublik wird als personalisierte Verhältniswahl bezeichnet. Mit der Erststimme werden

Wahlkreiskandidierende in einer Mehrheitswahl direkt in den Bundestag gewählt. Der Anteil direkt gewählter Mandatsträgerinnen bleibt seit 1980 kontinuierlich und deutlich hinter der durchschnittlichen Frauenrepräsentation im Bundestag zurück: Er ist von gut vier Prozent im Jahr 1980 auf gut ein Viertel aller gewählten DirektkandidatInnen im Jahr 2021 gestiegen (Abbildung 3). In der CDU/CSU-Fraktion hatten Frauen bis heute nie mehr als ein knappes Fünftel der Direktmandate inne. Auch bei der SPD besteht ein größerer Gender Gap bei Direktmandaten: Mit Ausnahme der Bundestagswahl 2002 haben Direktkandidatinnen der SPD nicht mehr als ein Drittel der Wahlkreismandate ihrer Partei gewonnen. In den Fraktionen von CDU/CSU und SPD sind gewonnene Direktmandate also nach wie vor eine Männerdomäne.

Andere Parteien haben bis 2021 nur vereinzelt Direktmandate erringen können, Linke und Grüne in städtischen Wahlkreisen und die AfD primär in Ostdeutschland. Bei einzelnen oder wenigen Direktmandaten sind die entsprechenden Frauenanteile für die Frauenrepräsentation kaum aussagekräftig. Dies hat sich mit der aktuellen Bundestagswahl zum Teil geändert, denn Grüne und AfD konnten 2021 eine größere Zahl von Wahlkreisen direkt erobern. Dabei entspricht der Frauenanteil unter den Direktmandaten in der AfD-Fraktion dem fraktionsweit geringen Frauenanteil von etwa zwölf Prozent, während Frauen unter den direkt gewählten Abgeordneten der Grünen mit gut 56 Prozent ähnlich stark vertreten sind wie Frauen in der Grünen-Fraktion insgesamt.

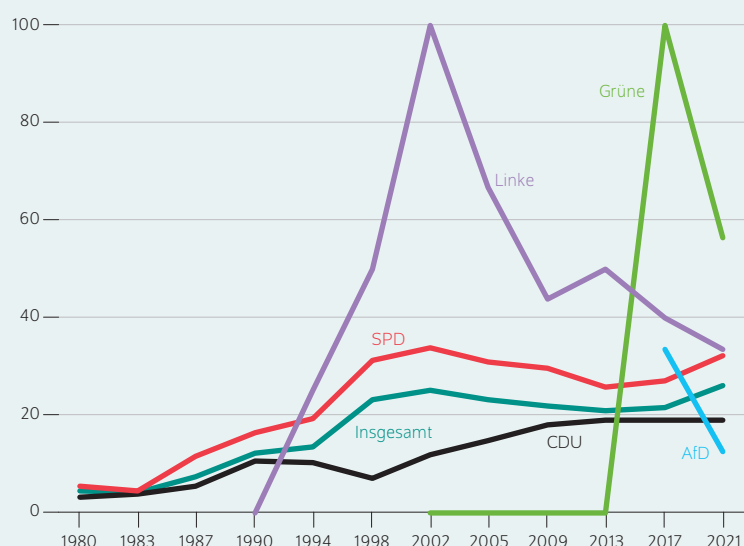
Frauenanteil bei DirektkandidatInnen in fast allen Parteien unterdurchschnittlich

Werden Direktkandidatinnen von CDU/CSU und SPD seltener gewählt als ihre männlichen Parteikollegen oder resultiert die deutliche Geschlechterdiskrepanz vor allem aus einseitigen Nominierungen männlicher Direktkandidaten? Während bei der Bundestagswahl 1980 in der CDU/CSU nur gut fünf Prozent der direkt Kandidierenden Frauen waren, stieg der Anteil bis 2021 auf knapp 25 Prozent (Abbildung 4). Die Anteile bleiben jedoch während des gesamten Zeitraums deutlich hinter dem durchschnittlichen Frauenanteil aller CDU-KandidatInnen zurück. Demnach ist die einseitige Nominierungspolitik der Hauptgrund für die deutlich unterdurchschnittliche Repräsentation von Frauen mit Blick auf die Direktmandate in der CDU/CSU-Fraktion.

Bei der SPD stieg der Anteil der Direktkandidatinnen im selben Zeitraum von acht auf knapp 40 Prozent, was nahezu dem Mittel aller SPD-Bundestagskandidatinnen entspricht. Somit haben 2021 SPD-Wahlkreiskandidatinnen seltener ein Mandat gewonnen als ihre Kollegen, da der Frauenanteil unter den Gewählten deutlich hinter dem Frauenanteil unter den DirektkandidatInnen zurückbleibt. Bei Grünen und Linken liegt der Anteil der Direktkandidatinnen hinter den Durchschnittswerten aller Kandidatinnen zurück, auch bei der FDP ist das der Fall. Trotz des leichten Aufwärtstrends bei den vergangenen beiden Wahlen besteht bei fast

Abbildung 3

Frauenanteile unter direkt im Wahlkreis gewählten Abgeordneten im Deutschen Bundestag seit 1980 In Prozent



Anmerkung: Unter Linke werden die Parteien „PDS“, „Linkspartei.PDS“ und „Die Linke“ zusammengefasst. Die große Mehrheit der Direktmandate erzielen – mit zuletzt leicht rückläufiger Tendenz – bis heute CDU/CSU und SPD. Dementsprechend basieren die Frauenanteile bei den Direktmandaten im Fall von Grünen, Linke und AfD auf einer vergleichsweise geringen Zahl von Mandaten.

Quellen: Der Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2021

Der Anteil direkt in den Wahlkreisen ins Parlament gewählter Frauen ist in den vergangenen gut 20 Jahren nicht nennenswert gestiegen.

allen Bundestagsparteien und demnach auch insgesamt ein Gender Gap bei direkt Kandidierenden.¹²

Wenige regionale Frauenhochburgen

Ein Blick auf die Wahlkreiskarte offenbart nur einige wenige Frauenhochburgen (Abbildung 5). Im Nordosten haben sich im heutigen Wahlkreis „Vorpommern-Rügen – Vorpommern-Greifswald I“ seit 1990 neun von Frauen gewonnene Direktmandate angesammelt. Dabei handelt es sich um den Wahlkreis der scheidenden Bundeskanzlerin Angela Merkel, die dort insgesamt acht Mal das Direktmandat erobern konnte. Bei der jüngsten Bundestagswahl setzte sich hier die SPD-Kandidatin Anna Kassautzki gegen ihren CDU-Konkurrenten durch.

Spitzenreiter mit zehn von Frauen gewonnenen Direktmandaten ist der Wahlkreis „Stadt Hannover II“, den Edelgard

¹² Abgesehen von Ausnahmen in einzelnen Wahlkreisen hatten für die sogenannten „kleineren“ Parteien wie FDP, Grüne, Linke oder auch AfD die Direktmandate lange Zeit eine nachrangige Bedeutung, da die Chancen, sich in der relativen Mehrheitswahl gegen Kandidierende von CDU/CSU und SPD durchzusetzen, gering waren. Durch anhaltende Stimmenverluste von CDU/CSU und SPD und die größere Zahl der im Bundestag vertretenen Parteien hat ein Veränderungsprozess eingesetzt, der sich durch verschiedene Direktmandate für AfD und Grüne bei der Bundestagswahl 2021 bereits manifestiert hat.

Tabelle

Wahlwahrscheinlichkeiten für Frauen und Männer auf Listenplätzen bei Bundestagswahlen seit 1980 In Prozent

		1980	1983	1987	1990	1994	1998	2002	2005	2009	2013	2017	2021
CDU/CSU	Männer	47,3	40,7	35,8	35,6	30,4	42,5	38,9	28,2	11,3	34,4	10,3	29,4
	Frauen	33,3	25,7	16,7	23,4	24,3	33,9	36,6	26,7	11,7	28,8	6,4	24,7
SPD	Männer	56,9	56,7	54,1	44,7	46,2	35,8	38,1	32,6	27,6	47,3	31,1	46,3
	Frauen	29,0	43,2	36,2	45,0	47,8	35,6	34,3	36,8	31,9	54,1	34,0	53,8
Grüne	Männer		17,5	24,7	4,3	21,1	19,6	23,7	18,1	33,3	26,7	29,8	46,3
	Frauen		28,6	42,9	3,7	33,0	28,7	34,8	30,5	42,5	33,0	37,3	56,5
FDP	Männer	34,1	24,0	32,8	34,4	26,0	21,5	19,8	26,1	42,9		37,8	46,9
	Frauen	26,9	12,5	17,6	29,6	16,0	18,0	16,7	25,9	47,9		32,1	39,4
Linke	Männer				11,1	15,4	16,3		24,8	32,9	32,1	35,8	22,8
	Frauen				12,5	17,6	25,4		22,6	43,4	41,0	39,8	27,7
AfD	Männer											52,6	52,6
	Frauen											50,0	48,6

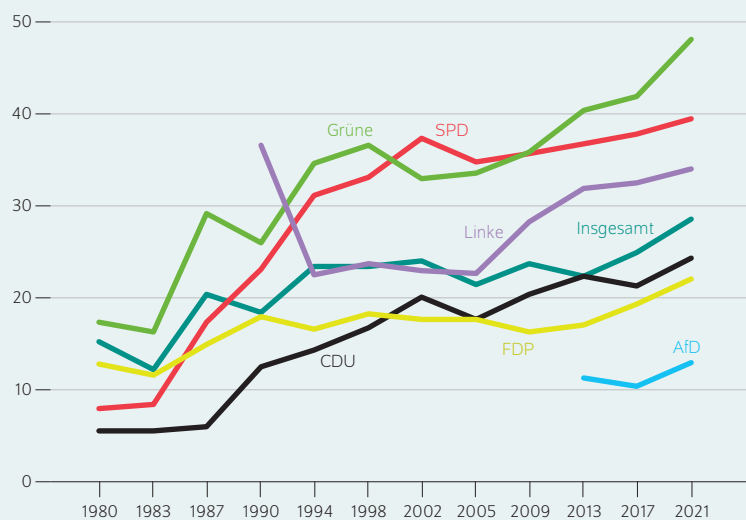
Anmerkung: Um ausreichende Fallzahlen zu gewährleisten, wurden bei der Berechnung für CDU/CSU und SPD jeweils die ersten 30 Listenplätze berücksichtigt, bei den Grünen die ersten 20 sowie bei der Linken, FDP und AfD jeweils die ersten 15 Listenplätze. Die teils deutlichen Unterschiede in den Wahrscheinlichkeiten für Frauen und Männer einer Partei zwischen Bundestagswahlen erklären sich über die Zahl von Direktmandaten, die diese Partei bei der jeweiligen Wahl gewonnen hat. Je nach Wahlergebnis schwankt die Zahl der Direktmandate ebenfalls deutlich. Entscheidend ist der jeweilige Unterschied zwischen Männern und Frauen einer Partei.

Quellen: Der Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2021

Abbildung 4

Frauenanteile unter DirektkandidatInnen zur Wahl in den Deutschen Bundestag seit 1980 In Prozent



Anmerkung: Unter Linke werden die Parteien „PDS“, „Linkspartei.PDS“ und „Die Linke“ zusammengefasst.

Quellen: Der Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2021

Frauen stehen im Vergleich zu Männern nach wie vor deutlich seltener als Direktkandidatinnen im Wahlkreis zur Wahl.

Bulmahn (SPD) sieben Mal gewann und in dem bei drei weiteren Wahlen ebenfalls SPD-Kandidatinnen siegreich waren. Der Wahlkreis „Hameln-Pyrmont – Holzminden“ ging insgesamt neun Mal an verschiedene SPD-Kandidatinnen. Im Wahlkreis Hanau siegte sechs Mal eine CDU- und drei Mal eine SPD-Kandidatin. Dahinter rangieren der Wahlkreis „Recklinghausen I“, den insgesamt sieben Mal eine SPD-Kandidatin gewann, der Wahlkreis „Odenwald“, den über die Jahre vier Mal eine SPD- und drei Mal eine CDU-Kandidatin holte, sowie der Wahlkreis „Roth“, der insgesamt sieben Mal von zwei CSU-Kandidatinnen gewonnen wurde.

Bei Wahlkreisen mit insgesamt sechs oder fünf Direktmandaten von Frauen in den Jahren 1980 bis 2021 zeigen sich ähnliche Muster: In den meisten Fällen handelt es sich um Hochburgen von CDU/CSU oder SPD, wobei der „Amtsbonus“ des bei der letzten Wahl gewonnenen Mandats („incumbency effect“¹³) ebenfalls eine Rolle spielt. Die Vorteile von Hochburgen oder des Amtsbonus genießen Männer automatisch häufiger als Frauen, da sie anteilig mehr Mandate besitzen. Hingegen wurden nur in den 1980er Jahren überdurchschnittlich häufig Männer für freiwerdende Wahlkreis-kandidaturen in Parteihochburgen nominiert. Mittlerweile trägt dieser Mechanismus nicht mehr zu geschlechtsspezifischen Unterschieden bei direkt gewählten Abgeordneten bei.¹⁴

¹³ Florian Ade, Ronny Freier und Christian Odendahl (2014): Incumbency effects in government and opposition: Evidence from Germany. *European Journal of Political Economy* 36, 117–34.

¹⁴ Agnes Blome, Miriam Hartlapp und Kai-Uwe Müller (2021): The Gender Election Gap: Why Women's Underrepresentation Persists. Das Papier wurde am 4. Oktober 2021 auf der Jahreskonferenz der Sektion „Vergleichende Politikwissenschaft“ der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) präsentiert.

Geringere Wahlwahrscheinlichkeiten für Direktkandidatinnen von CDU/CSU und SPD

Schließlich weisen für den Untersuchungszeitraum sowohl SPD- als auch CDU/CSU-Direktkandidatinnen eine zwar geringere Wahlwahrscheinlichkeit im Vergleich zu Kandidaten der jeweiligen Partei auf.¹⁵ Allerdings basieren die Unterschiede im Wesentlichen auf dem Amtsbonus männlicher Kandidaten und ihrer häufigeren Nominierung in aussichtsreicheren Wahlkreisen. Es ist noch nicht abschließend geklärt, inwieweit männliche Direktkandidaten zudem von WählerInnen systematisch bevorzugt werden. Dieser Unterschied in den Wahlwahrscheinlichkeiten ist im Vergleich zum hier diskutierten Gender Gap bei der Nominierung von DirektkandidatInnen jedoch ohnedies quantitativ nachrangig.

Anteil der über Landeslisten in den Bundestag eingezogenen Frauen steigt langfristig

Bei Bundestagswahlen ist die Zweitstimme maßgeblich für die Sitzverteilung im Parlament. Wenn eine Partei bundesweit mindestens fünf Prozent der abgegebenen Stimmen oder mindestens drei Direktmandate erreicht, ziehen nach dem Verhältniswahlrecht ihre Kandidierenden in einer auf Landeswahllisten vorab festgelegten Reihenfolge entsprechend dem Zweitstimmenergebnis in den Bundestag ein.¹⁶

Der Frauenanteil unter den über Landeslisten in den Bundestag eingezogenen MandatsträgerInnen ist von 1980 bis 2013 von etwa zwölf auf gut 50 Prozent gestiegen (Abbildung 6). Im Zuge der Bundestagswahl 2017 brach der Anteil auf knapp 38 Prozent ein, was vor allem mit der Rückkehr der FDP und dem Einzug der AfD in den Bundestag zu erklären ist, da in beiden Parteien Frauen häufiger auf hinteren Listenplätzen mit entsprechend geringeren Wahlchancen kandidieren. Die höchsten Frauenanteile erreichen die Grünen, die mit Ausnahme der Jahre 1983 und 1990 jeweils mehr als 50 Prozent Frauen über die Landeslisten in den Bundestag schickten. Abgesehen von 1994 und 2005 gilt dies auch für die Linke.

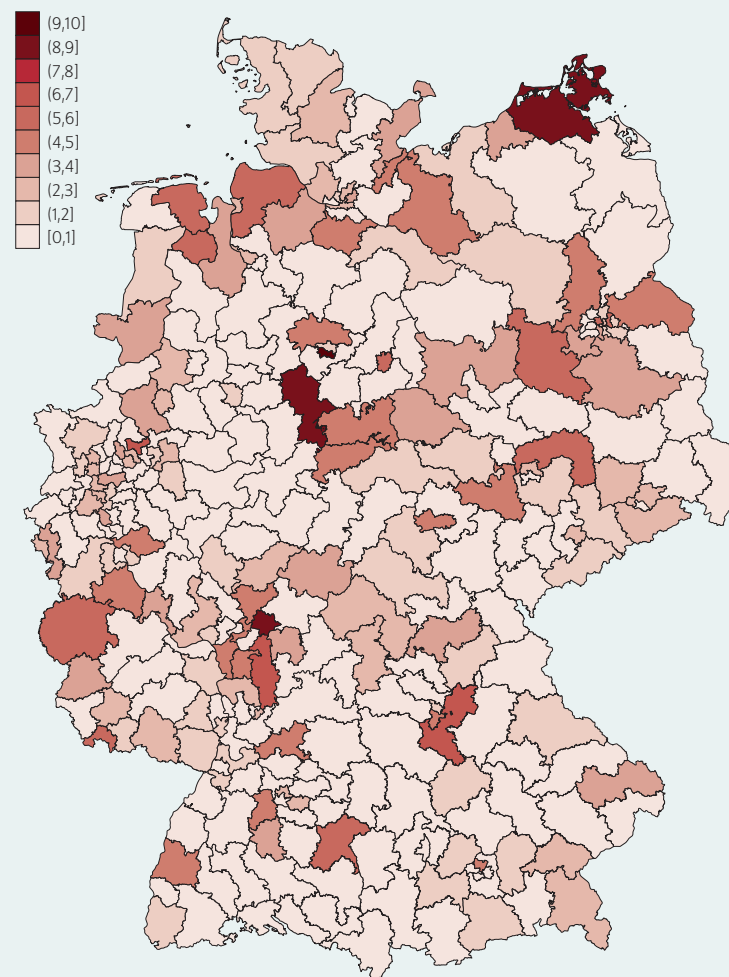
Der Frauenanteil bei über die Liste gewählten SPD-Abgeordneten ist nahezu kontinuierlich gestiegen und übertrifft seit der Bundestagswahl 2017 die 50-Prozent-Schwelle. Der Frauenanteil unter CDU-Abgeordneten, die über die Liste ins Parlament gekommen sind, ist bis 2013 auf knapp 43 Prozent gestiegen. 2017 lag der Anteil jedoch um fast zehn Prozentpunkte niedriger und ist 2021 nur geringfügig gestiegen.

¹⁵ Blome, Hartlapp und Müller (2021), a. a. O.

¹⁶ Diskrepanzen zwischen dem Erst- und Zweitstimmenergebnis werden durch Überhang- und Ausgleichsmandate so ausgeglichen, dass alle Wahlkreis-GewinnerInnen einen Sitz im Bundestag erhalten, die Sitzverteilung aber dem Zweitstimmenergebnis entspricht, vgl. Deutscher Bundestag (2021): Das aktuelle Wahlrecht zur Bundestagswahl 2021 (online verfügbar).

Abbildung 5

Direkt im Wahlkreis in den Deutschen Bundestag gewählte Frauen seit 1980 In absoluten Zahlen



Quellen: Der Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2021

Nur wenige Wahlkreise in Deutschland sind Frauenhochburgen – etwa „Vorpommern-Rügen – Vorpommern-Greifswald I“ im Nordosten, wo Angela Merkel acht Mal das Direktmandat gewann und ihre Nachfolge eine Frau angetreten hat.

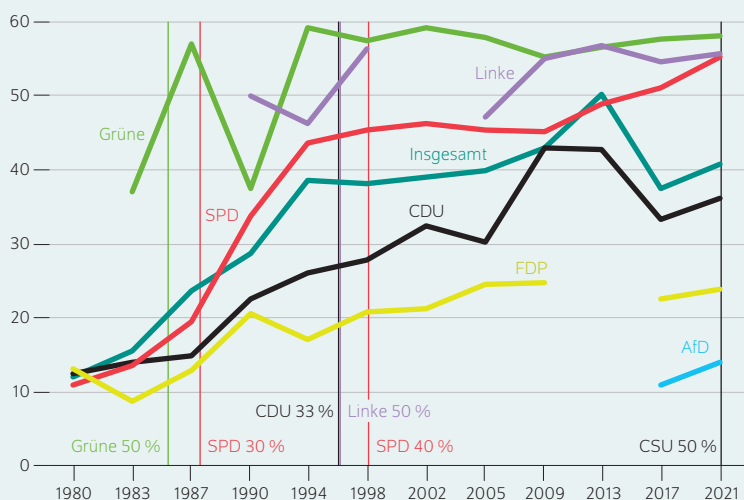
Frauenanteil bei ListenkandidatInnen unterdurchschnittlich, aber stetig wachsend

Der Frauenanteil an allen ListenkandidatInnen ist bei CDU/CSU, SPD, Grünen und Linken im Zeitverlauf gestiegen (Abbildung 7). Wie bei direkt Kandidierenden liegen die Anteile bei Grünen und der Linken vor denen von SPD und CDU/CSU. Am Ende des Spektrums rangieren die Frauenanteile unter Listenkandidierenden von FDP und AfD.

Abbildung 6

Frauenanteil bei über Listen gewählten Abgeordneten im Deutschen Bundestag seit 1980

In Prozent



Anmerkung: Unter Linke werden die Parteien „PDS“, „Linkspartei.PDS“ und „Die Linke“ zusammengefasst.

Quellen: Der Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2021

Der Frauenanteil unter den über Landeslisten in den Bundestag eingezogenen MandatsträgerInnen ist bis 2013 deutlich gestiegen, danach aber abgesackt.

Nicht alle Parteien verbessern Frauenrepräsentation durch aussichtsreiche Listenplätze

Die Frauenanteile unter Listenkandidierenden bei Grünen, SPD und Linken bewegen sich unter denen der über die Listen in den Bundestag gewählten weiblichen Abgeordneten. Das bedeutet, dass Frauen dieser Parteien aussichtsreichere Listenplätze als Männer innehaben und überdurchschnittlich häufig auf diesem Weg in den Bundestag kommen. Diese Parteien nutzen die Listenkandidaturen also offenbar, um den Gender Gap in ihrer Bundestagsfraktion zu reduzieren. Seit die Grünen im Bundestag sind, haben Frauen auf ihren Wahllisten fast ausnahmslos eine höhere Wahrscheinlichkeit ein Bundestagsmandat zu erreichen als Männer (Tabelle). Das gilt für die SPD – abgesehen von 1998 und 2002 – seit 1990 und für die Linke mit Ausnahme von 2005, wenngleich der Unterschied zwischen den Geschlechtern bei diesen Parteien etwas geringer ist.

Bei der CDU weisen auf Landeslisten kandidierende Männer (mit Ausnahme der Wahlen 2009) eine höhere Wahrscheinlichkeit auf, in den Bundestag zu kommen als Frauen. Das bedeutet, dass kandidierende Männer im Mittel die aussichtsreicheren Listenplätze erhalten. Der Abstand hat sich bis Mitte der 1990er Jahre zwar reduziert, betrug bei der jüngsten Wahl auf den ersten 30 Listenplätzen aber immerhin

noch knapp fünf Prozentpunkte, was einem Rückstand von 16 Prozent entspricht. Mit Ausnahme von 2009 gilt dies auch für die FDP, bei der in allen Bundestagswahlen, bei denen die Partei die Fünf-Prozent-Hürde genommen hat, Männer im Mittel häufiger über die Listenplätze ins Parlament kamen als Listenkandidatinnen. Zwar trifft das auch auf die AfD zu, allerdings ist der Abstand der Wahrscheinlichkeiten für kandidierende Frauen und Männer auf den Wahllisten geringer als bei FDP und CDU/CSU.

Quotenregelungen sind effektiv

Unterschiede in der Frauenrepräsentation auf Wahllisten zwischen Parteien und im Zeitverlauf gehen auch auf bestehende parteispezifische Quotenregelungen bei der Nominierung von Listenkandidaturen zurück. Die Grünen haben bereits im Jahr 1986 eine 50-Prozent-Quote eingeführt und erreichen seitdem – mit Ausnahme von 1990, als nur Bündnis90-Abgeordnete in den Bundestag einzogen – deutlich die 50-Prozent-Schwelle bei Listenkandidatinnen (Abbildung 6). Die Einführung der 30-Prozent-Quote bei der SPD im Jahr 1988 markiert einen steilen Anstieg bei der Repräsentation von Frauen bei Kandidaturen und Mandaten über Landeslisten (Abbildungen 6 und 7). Bei Einführung der 40-Prozent-Quote im Jahr 1998 hatte die SPD diesen Anteil bereits erreicht. Nach Einführung der 50-Prozent-Quote bei der Linke im Jahr 1996 hat die Partei dieses Ziel mit Ausnahme der Wahl 2005 stets erreicht. Das 33-Prozent-Quorum der CDU aus dem Jahr 1996 wird vor allem beim Anteil der Listenkandidatinnen sichtbar. Die Zielmarke von etwa einem Drittel der Listenmandate wird jedoch seit der Wahl 2002 ebenfalls regelmäßig erreicht (Abbildung 6).

Fazit: Höherer Frauenanteil im Bundestag ist hauptsächlich Frage des politischen Willens innerhalb der Parteien

Seit mehr als 20 Jahren stagniert der Frauenanteil im Deutschen Bundestag bei gut einem Drittel aller Abgeordneten. Damit liegt Deutschland zwar im europäischen Durchschnitt, ist von einer Genderparität aber meilenweit entfernt. Am größten ist der Gender Gap bei den Direktmandaten. Besonders bei CDU/CSU, aber auch bei der SPD werden deutlich weniger Frauen als Männer zur Direktwahl in Wahlkreisen über die Erststimme aufgestellt. Entsprechend sind die Direktmandate vor allem für die beiden „Volksparteien“ ein wichtiger Ansatzpunkt, den Frauenanteil künftig zu erhöhen, da sie trotz der rückläufigen Zahl bei der jüngsten Bundestagswahl nach wie vor vergleichsweise viele Direktmandate erringen.

Die Landeslisten, über die Mandate entsprechend dem Zweitstimmenanteil vergeben werden, besetzen Parteien des linken politischen Spektrums (SPD, Grüne, Linke) nahezu paritätisch mit Frauen und Männern, wobei Frauen unter den Listenkandidierenden durchschnittlich aussichtsreichere Plätze einnehmen als Männer. Zwar sind die Anteile der weiblichen Abgeordneten von CDU/CSU, FDP und AfD, die über Landeslisten in den Bundestag einziehen, höher

als bei den Erststimmenmandaten, liegen jedoch weiterhin vor allem bei FDP und AfD deutlich unter 50 Prozent. Hier besetzen Frauen weniger aussichtsreiche Listenplätze und kommen durchschnittlich seltener ins Parlament als ihre kandidierenden Kollegen. Dabei funktionieren parteispezifische Quotenregelungen in allen Parteien, die sich eine Quote selbst auferlegen. Sie sind bei CDU/CSU mit 33 Prozent schlicht wenig ambitioniert. Bei FDP und AfD fehlen sie völlig.

Neben vielfach diskutierten Maßnahmen wie höheren parteiinternen oder legislativen Geschlechterquoten für Listen- wie Wahlkreiskandidaturen (inklusive harter finanzieller Sanktionen, wenn diese nicht eingehalten werden) oder die Erhöhung der Anzahl der Mandate in Wahlkreisen¹⁷ sollten Parteien darauf achten, informelle Normen innerhalb ihrer Organisationen aufzubrechen und einen Kontext des politischen (Ehren-)Amtes herzustellen, der deutlich mehr Frauen den Zugang erleichtert.¹⁸ Dass sich der Einsatz für mehr Frauen in der Politik gerade für CDU/CSU¹⁹ lohnen kann, zeigt auch ein Blick in die repräsentative Wahlstatistik²⁰: So stand CDU-Kanzlerin Angela Merkel besonders bei Frauen in der Gunst. Bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017 erreichte sie unter Frauen deutlich höhere Zustimmungswerte als die männlichen Kanzlerkandidaten der SPD, deren Werte bei Männern höher lagen als bei Frauen.²¹ Angesichts der in den vergangenen 20 Jahren bei den Wählerinnen wieder gestiegenen Präferenz für die CDU

¹⁷ Vgl. Gabriele Abels, Petra Ahrens und Agnes Blome (2018): 100 Jahre Frauenwahlrecht – der unvollendete Weg zu geschlechtergerechter Repräsentation. Eine Einleitung. *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 2/2018, 9-25.

¹⁸ Hier geht es beispielsweise um Aspekte wie die Abschaffung nächtlicher Sitzungen und abschreckender Treffpunkte, mehr Familienfreundlichkeit und einen stärkeren Fokus auf Sachfragen. Vgl. Louise K. Davidson-Schmich (2018): Addressing Supply-Side Hurdles to Gender-Equal Representation in Germany, *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 2/2018, 53-70.

¹⁹ Entsprechende Absichten wurden in der CDU zuletzt von der Frauenunion artikuliert, vgl. Zeit Online (2021): Union: Frauen in der CDU verlangen mehr Einfluss. Zeit Online vom 12. Oktober 2021 (online verfügbar). Auch der Vorsitzende der Jungen Union äußerte sich entsprechend, vgl. Spiegel Online (2021): Junge-Union-Chef Kuban: „Wenn die Frauen sagen, sie wollen mehr Einfluss, dann sollten auch Frauen kandidieren“. Spiegel Online vom 15. Oktober 2021 (online verfügbar).

²⁰ Die repräsentative Wahlstatistik, die das Wahlverhalten nach Geschlecht und Alter ermittelt, hebt Geschlechterunterschiede im Zeitverlauf hervor: So wählten Frauen in der Anfangszeit der Bundesrepublik bis Anfang der 1970er häufiger die CDU als Männer. Ab den 1970er Jahren war das Wahlverhalten von Frauen und Männern ähnlich und drehte sich Anfang der 2000er Jahre sogar ins Gegenteil. Bei den Bundestagswahlen 2009, 2013 und 2017 wählten wieder mehr Frauen als Männer die CDU. Vgl. Der Bundeswahlleiter (2021): Repräsentative Wahlstatistik (online verfügbar).

²¹ Konrad-Adenauer-Stiftung (2021): Tabellen und Grafiken. Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht. Datensammlung, Stand: Januar 2021.

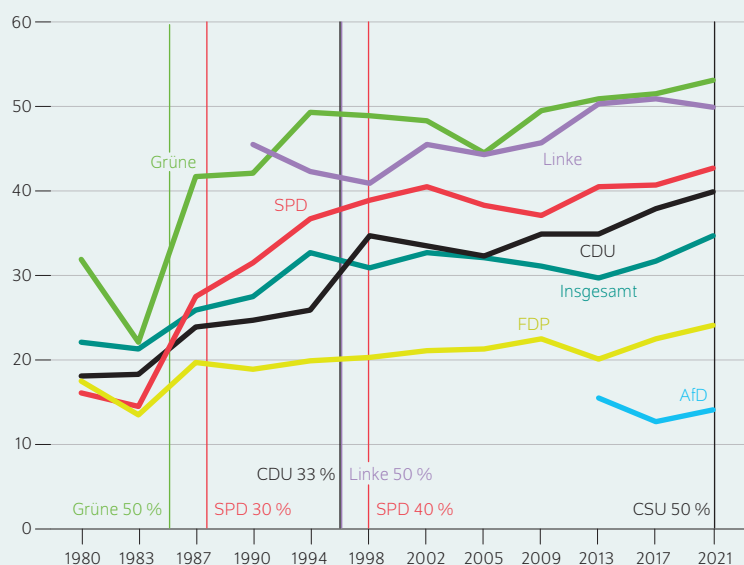
Agnes Blome ist Postdoctoral Research Fellow im Exzellenz-Cluster „Contestations of the Liberal Script“ und Lehrbeauftragte am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin | agnes.blome@fu-berlin.de

JEL: B54, P16, D72

Keywords: women's representation, parliamentary elections, parties

Abbildung 7

Frauenanteil unter ListenkandidatInnen zur Wahl in den Deutschen Bundestag seit 1980 In Prozent



Anmerkung: Unter Linke werden die Parteien „PDS“, „Linkspartei.PDS“ und „Die Linke“ zusammengefasst.

Quellen: Der Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2021

Über die Landeslisten entsandten die Parteien im Laufe der Zeit immer mehr Frauen ins Parlament.

verwundert die Strategie, Wahlkreiskandidaturen in erster Linie mit Männern zu besetzen. Erste Analysen des geschlechtsspezifischen Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 2021 zeigen, dass der deutliche Vorsprung der CDU bei den Frauen verschwunden ist.²²

Es ist eine Frage des politischen Willens von Parteien, nach Jahrzehnten der Stagnation bei der politischen Repräsentation von Frauen im Bundestag wieder voranzukommen. Erneuerungsprozesse nach der jüngsten Bundestagswahl bieten die Chance zu entsprechenden Veränderungen, auch aus wahlstrategischen Überlegungen heraus.

²² Infratest Dimap (2021): Bundestagswahlen 2021. Wahlverhalten nach Geschlecht (online verfügbar).

Kai-Uwe Müller ist Leiter der FIS Nachwuchsgruppe Zeitpolitik in der Abteilung Staat am DIW Berlin | kmue@diw.de

INTERVIEW



Kai-Uwe Müller, Leiter der FIS Nachwuchsgruppe
Zeitpolitik in der Abteilung Staat am DIW Berlin

„Höherer Frauenanteil im Bundestag ist vor allem eine Frage des politischen Willens“

1. **Herr Müller, wie hat sich der Frauenanteil im Bundestag seit 1980 entwickelt?** Zu Beginn der 80er Jahre war der Frauenanteil mit unter zehn Prozent im Durchschnitt aller Parteien noch sehr gering. Bis zur Bundestagswahl 2002 sehen wir einen Anstieg auf knapp ein Drittel aller Mandate, der mehr oder weniger kontinuierlich verlaufen ist. Interessanterweise begann 2002 eine Stagnationsphase, in der der Frauenanteil kaum noch weiter gestiegen ist, stellenweise ist er sogar vorübergehend gesunken. Seit der jüngsten Bundestagswahl liegt der Frauenanteil im Parlament bei 34,7 Prozent.
2. **Warum ist das Thema so wichtig?** Die aktuelle Forschung zeigt mit Blick auf viele Bereiche Unterschiede auf, die Frauen machen, beispielsweise in Bezug auf den Politikstil oder die politische Partizipation. Es kann auch gezeigt werden, dass es in verschiedenen inhaltlichen Fragen einen Unterschied macht, ob Männer oder Frauen in wichtigen Positionen sind. Der Bundestag oder die Politik im Allgemeinen haben hier sicher auch eine Vorbildfunktion für andere gesellschaftliche Bereiche, in denen der Rückstand teilweise noch größer ist, zum Beispiel in der Wirtschaft, insbesondere bei Spitzenpositionen in Vorständen und Aufsichtsräten.
3. **Wie groß ist der Frauenanteil in den verschiedenen Parteien?** Interessant ist, dass der Mittelwert von knapp einem Drittel erhebliche Unterschiede überdeckt. Beispielsweise erreichen die Grünen seit 1994 regelmäßig mindestens eine Parität in ihrer Bundestagsfraktion. Die Linke liegt meistens ebenfalls bei einem Frauenanteil um die 50 Prozent, wenn sie es ins Parlament schafft. Bei CDU/CSU und SPD verlief die Entwicklung seit Anfang der 80er Jahre unterschiedlich. Beide starteten jeweils bei einem Frauenanteil von weniger als zehn Prozent. Bis 2002 hat es die Fraktion der SPD auf gut ein Drittel weiblicher Abgeordneter geschafft, die CDU jedoch nur auf etwa ein Fünftel. Seitdem stagniert die Union mehr oder weniger auf diesem relativ niedrigen Niveau und kommt, ebenso wie die FDP, aktuell auf nur knapp ein Viertel Frauen in der Fraktion, während die SPD immerhin einen

Anstieg auf gut 40 Prozent geschafft hat. Schlusslicht ist seit ihrem Bundestageinzug im Jahr 2017 die AfD mit jeweils weniger als 15 Prozent Frauen in ihren Fraktionsreihen.

4. **Gibt es eine Erklärung für diese recht großen Unterschiede?** Der Hauptfaktor ist, dass zu wenige Frauen nominiert werden. Bei den Direktmandaten ist der Abstand zwischen Frauen und Männern besonders groß. Das gilt mit Ausnahme der Grünen und der Linken für alle Parteien. Aber auch bei den ListenkandidatInnen liegt der Anteil von Frauen bei den Parteien mit geringerem Frauenanteil deutlich unter dem von Männern, sodass sie im Vergleich zu ihren männlichen Parteikollegen mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit ein Bundestagsmandat erhalten.
5. **Was kann getan werden, um den Frauenanteil im Bundestag zu erhöhen?** Wenn wir uns die Anteile von Frauen insbesondere bei den ListenkandidatInnen anschauen, sehen wir, dass die Parteien, die sich selbst zu einer Quote für die Listen verpflichten, ihre Quotenziele auch erreichen. Diese Quotenziele unterscheiden sich jedoch und sind zum Teil nicht ambitioniert genug, um eine Parität zu erreichen. Deshalb sind Quotenregelungen beziehungsweise Selbstverpflichtungen wahrscheinlich das Mittel, mit dem die Parteien, die hier einen Rückstand haben, den Frauenanteil unter den Abgeordneten erhöhen könnten. Mit Blick auf Direktkandidatinnen ist auch ein Wandel der Kultur und der Nominierungsstrategien, gegebenenfalls auch eine Quote für DirektkandidatInnen, nötig. Dies beginnt auf der Kommunal- und Kreisebene. Letztlich hängen alle Maßnahmen vom politischen Willen der Parteien ab.

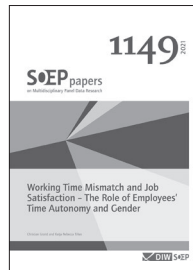
Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf
www.diw.de/interview

SOEP Papers Nr. 1149

2021 | Christian Grund, Katja Rebecca Tilkes



Working Time Mismatch and Job Satisfaction: The Role of Employees' Time Autonomy and Gender

Evidence shows that working time mismatch, i.e. the difference between actual and desired working hours, is negatively related to employees' job satisfaction. Using longitudinal data from the German Socio-Economic Panel, we examine the potential moderating effect of working time autonomy on this relation and we also consider the corresponding role of gender. First, individual fixed effects panel estimations reaffirm both the negative link of working hours mismatch and the positive relation of working time autonomy to employees' job satisfaction. Second, our results show a positive moderating relation of working time autonomy on the link between mismatch and job satisfaction. Third, our analyses hint at gender-specific differences: particularly women seem to benefit from the moderation role of working time autonomy.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 1977

2021 | Johannes Geyer, Ralf K. Himmelreicher



Entgeltumwandlung im Jahr 2018: Wer nutzt sie in welchem Umfang?

Wir untersuchen anhand von repräsentativen Daten für die Privatwirtschaft (Verdienststrukturerhebung 2018) Anteile und Höhe von umgewandelten Entgelten nach verschiedenen individuellen und betrieblichen Merkmalen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland für das Jahr 2018. Deskriptive wie multivariate Regressionsanalysen weisen sowohl auf eine selektive Teilnahmebereitschaft zur Umwandlung als auch auf eine mit steigendem Einkommen erhöhte Bereitschaft höhere Entgelte umzuwandeln hin. Große Unterschiede bestehen zwischen Frauen und Männern, zwischen Ost- und Westdeutschland sowie zwischen verschiedenen Branchen. Im Mindestlohn- und Niedriglohnbereich ist Entgeltumwandlung kaum verbreitet, und falls doch, dominieren monatliche Beiträge, die 50 Euro selten übersteigen. Bei geringfügig Beschäftigten ist Entgeltumwandlung die seltene Ausnahme. Und umgekehrt ist der Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am oberen Ende der Einkommensverteilung, die Anteile ihres Arbeitsentgeltes umwandeln, besonders hoch; die Höhe ihre umgewandelten Beiträge steigt dabei exponentiell. Gerade für gering qualifizierte Beschäftigte im Mindest- und Niedriglohnbereich in typischen Niedriglohnbranchen wird das sinkende Rentenniveau eher selten durch ergänzende Entgeltumwandlung kompensiert. Insbesondere in Ostdeutschland, wo im Vergleich zu Westdeutschland kleinere Betriebe ohne Tariffindung und mit niedrigeren Arbeitsentgelten häufiger vorkommen, wird Entgeltumwandlung kaum praktiziert, weshalb Defizite in der betrieblichen Altersvorsorge und somit insgesamt niedrigere Alterseinkünfte in Zukunft zu erwarten sind.

Männern, zwischen Ost- und Westdeutschland sowie zwischen verschiedenen Branchen. Im Mindestlohn- und Niedriglohnbereich ist Entgeltumwandlung kaum verbreitet, und falls doch, dominieren monatliche Beiträge, die 50 Euro selten übersteigen. Bei geringfügig Beschäftigten ist Entgeltumwandlung die seltene Ausnahme. Und umgekehrt ist der Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am oberen Ende der Einkommensverteilung, die Anteile ihres Arbeitsentgeltes umwandeln, besonders hoch; die Höhe ihre umgewandelten Beiträge steigt dabei exponentiell. Gerade für gering qualifizierte Beschäftigte im Mindest- und Niedriglohnbereich in typischen Niedriglohnbranchen wird das sinkende Rentenniveau eher selten durch ergänzende Entgeltumwandlung kompensiert. Insbesondere in Ostdeutschland, wo im Vergleich zu Westdeutschland kleinere Betriebe ohne Tariffindung und mit niedrigeren Arbeitsentgelten häufiger vorkommen, wird Entgeltumwandlung kaum praktiziert, weshalb Defizite in der betrieblichen Altersvorsorge und somit insgesamt niedrigere Alterseinkünfte in Zukunft zu erwarten sind.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



DIW aktuell Nr. 71

2021 | Heike Belitz, Martin Gornig



Industriepolitik: Technologieorientierte öffentliche Investitionsfonds als neues Element

27. Juli 2021 – Inwieweit darf oder muss der Staat in die Wirtschaft eingreifen? Dies ist seit jeher die zentrale Frage in der Debatte um die richtige Industriepolitik. Dass die Industrie in Deutschland ein entscheidender Faktor für Wohlstand ist, bleibt unbestritten. Diverse Krisen der letzten Jahre wie die Finanz- und Schuldenkrise, der Klimawandel oder die Corona-Pandemie, aber auch der wirtschaftliche Strukturwandel wie die Digitalisierung haben gezeigt, dass es ohne staatliche Intervention nicht geht. Uneinigkeit besteht darin, wie der Staat zur Mobilisierung der dringend notwendigen Investitionen und Innovationen

beitragen kann. In den aktuellen Parteiprogrammen zur Bundestagswahl spiegelt sich die ganze Bandbreite der industriepolitischen Debatte, jede Partei mit eigenen Vorstellungen und Prioritäten. Eine praktikable Möglichkeit, staatliche Investitionshilfen flexibel zu bündeln und transparent zu verwenden, wären Technologiefonds, die – richtig ausgestaltet – den Transformationsprozess der Industrie entscheidend voranbringen könnten. Dafür müsste die Bundesregierung einen zweistelligen Milliardenbetrag aufbringen.

www.diw.de/de/diw_01.c.620241.de/publikationen/diw_aktuell.html



DIW aktuell Nr. 72

2021 | Johannes Geyer, Peter Haan, Alexander Ludwig



Mindestrente: Absicherung gegen Altersarmut und notwendiger Baustein für weitere Reformen

31. August 2021 – Die demografische Entwicklung in Deutschland wird im nächsten Jahrzehnt eine grundlegende Reform der Rente erforderlich machen. Bisher halten sich aber gerade die Regierungsparteien mit Vorschlägen zurück und sehen den Handlungsbedarf als nicht so dringlich. Einige Oppositionsparteien liefern hingegen richtungsweisendere Ideen für Menschen mit niedrigeren Alterseinkommen. Ein Blick in die Nachbarländer Österreich und die Niederlande zeigt aber noch einen anderen Weg auf: die Mindestrente. Sie könnte zumindest die finanzielle Absicherung sicherstellen und zum

sozialen Ausgleich beitragen. Zudem wäre sie auch eine wichtige Voraussetzung, um andere Rentenreformen in Deutschland in der nächsten Legislaturperiode umzusetzen, wie eine Erhöhung des Rentenzugangsalters oder stärkere (kapitalgedeckte) private Vorsorge. Alternativ müsste die Grundsicherung deutlich überarbeitet werden, damit die Inanspruchnahme steigt.

www.diw.de/de/diw_01.c.620241.de/publikationen/diw_aktuell.html



DIW aktuell Nr. 73

2021 | Stephanie Ettmeier, Alexander Kriwoluzky, Fabian Seyrich



Europa auf dem Weg zur Fiskalunion: Investitionen stärken statt Entschuldung vorantreiben

06. September 2021 – In der Pandemie hat die Europäische Union in einem Kraftakt finanzielle Mittel in enormem Ausmaß zur Verfügung gestellt, um die wirtschaftlichen Verwerfungen abzumildern. Erstmals wurden dafür der Stabilitäts- und Wirtschaftspakt ausgesetzt und gemeinsame Schulden aufgenommen. Ist dieses Vorgehen die Blaupause für eine künftige Fiskalunion oder eher ein einmaliges Vorgehen mit Rückkehr zu den Maastricht-Kriterien? In der Bundestagswahl positionieren sich die Parteien zu einer gemeinsamen europäischen Fiskalpolitik sehr unterschiedlich. Klar ist aber, dass

Deutschland in der künftigen Debatte das Zünglein an der Waage sein könnte und der Ausgang der Bundestagswahl daher auch für die Zukunft Europas die entscheidenden Weichen stellt. Die vorliegenden aktuellen Berechnungen zeigen, dass eine Rückkehr zu den Maastricht-Kriterien schädlich wäre und zwar nicht nur für die stark verschuldeten Länder, sondern auch für die wirtschaftlich starken Länder. Eine Fiskalpolitik hingegen, die auf Investitionen setzt, käme der Gemeinschaft als Ganzer zugute – vor allem dann, wenn das Zusammenspiel zwischen Geld- und Fiskalpolitik koordiniert ist. Die künftige Bundesregierung sollte sich daher für eine gemeinsame EU-Fiskalpolitik stark machen.

www.diw.de/de/diw_01.c.620241.de/publikationen/diw_aktuell.html





CHRISTIAN VON HIRSCHHAUSEN

Die Verkehrung der Ursachen: Wenn steigende Energiepreise missbraucht werden

Christian von Hirschhausen ist Forschungsdirektor Internationale Infrastrukturpolitik und Industrieökonomie am DIW Berlin
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Manchmal reibt man sich verwundert die Augen: Die Preise für fossile Energieträger steigen rasant und manchem fällt nichts Besseres ein, als den Ausweg in der Atomkraft zu suchen. Oder die Energiewende dafür verantwortlich zu machen. Diese Reaktionen in Teilen der Energiewirtschaft, aber auch in der Medienberichterstattung zeigen, dass viele die wahren Ausmaße der Energie- und Klimakrise noch nicht verstehen oder eine Chance wittern, im Eigeninteresse die Energiewende abzuwenden. Viele der aktuell diskutierten Lösungen weisen rückwärts. Die Probleme sollen mit den Mitteln gelöst werden, die genau diese Probleme verursacht haben, nämlich die Abhängigkeit von schmutzigen fossilen Energieträgern, mit Preisschwankungen und einem enormen Importbedarf. So schlägt der Economist am 16. Oktober tatsächlich vor, mehr Kernkraftwerke zur Sicherung einer „sauberen“ Grundlastversorgung zu bauen. Der Focus rät AnlegerInnen in seiner Ausgabe vom 16. Oktober, sich gegen steigende Energiepreise mit Geldanlagen ausgerechnet in fossiles „Urgestein“ wie die russische Gazprom oder den Ölmulti Royal Dutch Shell abzusichern; alternativ wird auch Electricité de France (EdF) empfohlen, „der viele Atomkraftwerke besitzende französische Energie-Riese“. Die Energiewirtschaft von gestern macht ihrerseits den Ausbau erneuerbarer Energien zum Sündenbock der derzeitigen Preissteigerungen und fordert eine Verlangsamung, wenn nicht völlige Umkehr von der Energiewende. Welch durchsichtiges Manöver!

Das Gegenteil ist angesagt, nämlich der beschleunigte Ausbau erneuerbarer Energien. Und zwar trotz oder gerade wegen der aktuellen Preissteigerung für fossile Energien, insbesondere Erdöl und Erdgas. Sicherlich muss existenziell bedrohten VerbraucherInnen eine stabile Energieversorgung gewährleistet werden. Im Gegensatz zu anderen Ländern ist dies in Deutschland durch die staatlich garantierte Grundversorgung durch die jeweiligen regionalen Energieanbieter auch gewährleistet. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Maßnahmen im Bereich Marktdesign, die die Preisausschläge in Zeiten temporärer Knappheiten einschränken können. Der wesentliche Hebel zur Vermeidung ähnlicher Situationen in der Zukunft ist jedoch, sich von genau diesen Energieträgern unabhängig zu machen

und erneuerbare Energien mit effizienten Flexibilitätsoptionen rasch auszubauen. Dabei bieten sich insbesondere dezentrale Lösungen an, die lokale Potenziale von Erneuerbaren und Sektorenkopplung nutzen und weniger auf europaweite oder globale Energieströme angewiesen sind. Dass eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien auch unter stärkerer Berücksichtigung von Dezentralität und räumlicher Verbrauchsnähe der Erzeugung möglich ist, ohne dabei von Importen abhängig zu sein, hat das DIW Berlin in einer aktuellen Studie gezeigt. Dies ist zum einen sinnvoll, um zusätzliche dezentrale Potenziale an erneuerbaren Energien verfügbar zu machen, unter anderem durch Mieterstrommodelle im urbanen Raum für Photovoltaik. Zum anderen ist Bürgerengagement, ein ursprünglicher Treiber der Energiewende in den 1970er Jahren, notwendig, um die Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung und den Übergang vom fossilen System zu 100-Prozent-Erneuerbaren zu beschleunigen. Dezentrale Erzeugungs- und Verbrauchsmodelle können auch die regionale Wirtschaftskraft stärken. Ausreichend Potenziale an Erneuerbaren gibt es, sowohl bei Wind auf Land und auf See, als auch bei PV-Aufdach- und Freiflächenanlagen, und zwar europaweit.

„Die einzig redliche Antwort ist der forcierte und beschleunigte Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel am 14. März 2011 kurz nach der Tsunami- und Atomkatastrophe in Fukushima. Dies gilt heute umso mehr: Sowohl aus technischen als auch sozioökonomischen Gründen sollten dabei auch dezentrale Ansätze mit räumlicher Verbrauchsnähe der Erzeugung genutzt werden. Dies ist eine bessere Versicherung gegen Preissteigerungen als der Kauf von Gazprom-Beteiligungen. Nach dem Kohleausstieg muss jetzt der Ausstieg aus fossilem Erdöl und Erdgas (dessen CO₂-Bilanz bei einer Lebenszyklusanalyse noch schlechter ausfällt als die der Kohle) zielgerichtet und zeitnah auf den Weg gebracht werden. Und, last but not least, Kernkraft kann wohl niemand ernsthaft als eine „saubere“ und zukunftstaugliche Energiequelle für die Energiewende ins Gespräch bringen.